

Wissenschaftliche Hausarbeit: Grundwissenschaft Politikwissenschaften im Studium für das Lehramt an Haupt- und Realschulen (L2)

Die Presseberichterstattung über den hessischen NSU-Untersuchungsausschuss (Mai 2014 - Dezember 2015). Ein Vergleich zwischen FAZ, FR und HNA.

Vorgelegt von: Sebastian Koine am 08.11.2017 an der Justus-Liebig-Universität Gießen

Gutachterin: Fr. Dr. Alexandra Kurth

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| 1 Einleitung..... | 1 |
| 2 Hintergrund..... | 3 |
| 2.1 Der Nationalsozialistische Untergrund..... | 3 |
| 2.1.1 Geschichte..... | 3 |
| 2.1.2 Der Mord an Halit Yozgat in Kassel..... | 5 |
| 2.3 Medienberichterstattung über die NSU-Mordserie..... | 6 |
| 2.4 Antrag der SPD-Fraktion des hessischen Landtags..... | 7 |
| 3 Theoretische Grundlagen..... | 9 |
| 3.1 Untersuchungsmethode..... | 9 |
| 3.2 Das Medium Zeitung..... | 10 |
| 3.2.1 Darstellungsformen in Zeitungen..... | 10 |
| 3.2.1.1 Nachricht..... | 11 |
| 3.2.1.2 Bericht..... | 11 |
| 3.2.1.3 Kommentar..... | 12 |
| 3.2.1.4 Leitartikel..... | 12 |
| 3.2.1.5 Interview..... | 13 |
| 3.2.1.6 Sonderform: Die Überschrift..... | 13 |
| 3.3 Journalistischer Ethos..... | 14 |
| 3.4 Nachrichtenwert..... | 14 |
| 4 Voraussetzungen der Inhaltsanalyse..... | 16 |
| 4.1 Auswahl der untersuchten Tageszeitungen..... | 16 |
| 4.1.1 Frankfurter Allgemeine Zeitung..... | 16 |
| 4.1.2 Frankfurter Rundschau..... | 17 |
| 4.1.3 Hessisch Niedersächsische Allgemeine..... | 17 |
| 4.2 Untersuchungszeitraum und Datengrundlage..... | 18 |
| 4.3 Forschungsfragen..... | 19 |
| 4.4 Kategorienbildung..... | 19 |
| 5 Durchführung der Inhaltsanalyse..... | 22 |
| 5.1 Veröffentlichte Artikel insgesamt..... | 22 |
| 5.2 Artikelgröße..... | 23 |
| 5.3 Autoren..... | 25 |
| 5.3.1 Autoren gesamt..... | 25 |
| 5.3.2 Autoren der F.A.Z..... | 26 |

| | |
|--|----|
| 5.3.3 Autoren der FR..... | 27 |
| 5.3.4 Autoren der HNA..... | 28 |
| 5.3.5 Zusammenfassung..... | 29 |
| 5.4 Darstellungsformen..... | 31 |
| 5.4.1 Darstellungsformen in der F.A.Z..... | 32 |
| 5.2 Zusammenfassung der Ergebnisse..... | 36 |
| 6 Fazit..... | 36 |
| 7 Ausblick..... | 36 |
| Abkürzungsverzeichnis..... | 37 |
| Quellenverzeichnis..... | 38 |
| Erklärung..... | 40 |

1 Einleitung

Die über ein Jahrzehnt dauernde Mordserie der Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund endete 2011 und die an diesem 4. November in einem Ausgebrannten Wohnmobil zutage geförderten Beweise sowie fast zeitgleich veröffentlichten Bekennervideos enttarnten das Trio Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe schließlich. Zu den elf bis dato ungeklärten Mordfällen an Kleinunternehmern von türkischer und griechischer Abstammung sowie an einer jungen deutschen Polizistin waren die Täter schließlich gefunden. Der Fall NSU und das kollektive Versagen der Ermittlungsbehörden beschäftigen noch heute viele Menschen in ganz Deutschland. Besonders im laufenden Gerichtsprozess gegen Beate Zschäpe und mehreren parlamentarischen Untersuchungsausschüssen ist man um die Aufarbeitung der Ereignisse bemüht.

Besonders der in Hessen eingesetzte Untersuchungsausschuss soll die letztendliche Aufklärung der Vorgänge um den Mord in Kassel an Halit Yozgat vorantreiben. Dabei ist dem Ausschuss besonders die Rolle des hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz, speziell die von Andreas Temme, der zur Tatzeit mutmaßlich am Tatort anwesend war, besonders wichtig. Auch der Umgang mit den eigentlichen Opfern, der Familie Yozgat, in der Zeit nach dem Mord soll näher untersucht werden.

Neben den Behörden hinterließ auch die deutsche Presse rückblickend flächendeckend keinen positiv Eindruck in der Art und Weise ihrer Berichterstattung. Eine in 2014 veröffentlichte Medienkritik machte unmissverständlich deutlich, dass die Medien maßgeblich zur Stereotypisierung der Opfer beitrugen und die einseitige polizeiliche Ermittlung, welche die Taten von Anfang an in den Bereich der organisierten Kriminalität und als milieuspezifisch einordnete, weitestgehend stützte. Der negative Höhepunkt war die Einführung des Begriffs „Döner-Morde“, der erstmals 2005 verwendet und fortan von vielen Medien übernommen wurde. Diese Bezeichnung ist natürlich nicht nur unsachlich und damit in vielerlei Hinsicht unpassend sondern sogar stark diskriminierend. Die Opfer wurden durch diese Bezeichnung in ein bestimmtes Milieu gedrängt, dem sie nie angehörten und damit ausgegrenzt. Außerdem wurden Menschen auf inakzeptable Art und Weise mit einem Schnellimbiss

gleichgesetzt und ihnen damit die Menschlichkeit ein Stück weit abgesprochen (vgl. Grittmann/Thomas/Virchow 2014: 6-7).

Vor diesem Hintergrund ist das Thema dieser Arbeit zu sehen. Speziell das negativ behaftete Image der Presseberichterstattung bezüglich der NSU-Morde. Es soll untersucht werden, wie die Presse nach der Enttarnung des Trios und der stattgefundenen Medienkritik über das Thema berichtet. Es ist daher naheliegend, aufgrund der geographischen Nähe den in Hessen eingesetzten Untersuchungsausschuss und die Berichterstattung darüber als Untersuchungsobjekt zu wählen. Gegenstand der Arbeit ist die inhaltsanalytische Untersuchung, wie intensiv und sachlich Zeitungen generell und im Vergleich untereinander berichten. Außerdem wird untersucht, welche Themen für die Medien am interessantesten sind, die in der Debatte um die Einsetzung des Ausschusses und den Sitzungen im gesamten untersuchten Zeitraum zur Sprache kommen.

Im ersten Teil der Arbeit werden die Taten des NSU, speziell der hessische Fall mit der Ermordung von Halit Yozgat und die Rolle der Medien im gesamten aktiven Zeitraum des NSU resümiert. Außerdem wird der dringliche Antrag der SPD-Fraktion vorgestellt, der schließlich zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses führte und letztendlich auch der Auslöser zum Anfertigen dieser Arbeit ist.

Es folgt ein theoretischer Teil, der neben der Theorie der Untersuchungsmethode auch die Grundlagen der Medienberichterstattung, wie Auswahlfaktoren, Gütekriterien, journalistischer Ethos und die unterschiedlichen in Zeitung verwendeten Darstellungsformen vorstellt. Im Anschluss folgt vor der eigentlichen Analyse die Begründung, warum die Artikel aus den bereits im Titel genannten Zeitungen als Datengrundlage für die Untersuchung geeignet sind. Dabei werden die Zeitungen kurz vorgestellt und schließlich die Beschaffung des Datenmaterials erläutert.

Letztendlich werden die für die Beantwortung der Forschungsfragen notwendigen Kategorien, auf die sich die Analyse dann fokussiert, gebildet und näher

beschrieben. Im Anschluss wird dann auf Basis der Theorie und den gebildeten Untersuchungskategorien die Inhaltsanalyse schrittweise durchgeführt. Dies führt dann jeweils zu einer Bewertung der Ergebnisse der einzelnen Kategorien. Den Schluss dieser Arbeit bildet eine Zusammenfassung aller Untersuchungsergebnisse und der Beantwortung der zuvor formulierten Forschungsfragen.

2 Hintergrund

Diese Arbeit befasst sich mit der Berichterstattung über den NSU-Untersuchungsausschuss, der vom hessischen Landtag eingesetzt wurde. Trotzdem enthält der dringliche Antrag der SPD-Fraktion nicht nur Ersuche zur Klärung der Sachverhalte rund um den Mordanschlag an Halit Yozgat in Kassel, sondern verlangt auch die Untersuchung möglicher Fehler, die während der aktiven Zeit des NSU von Ermittlungsbehörden und dem Verfassungsschutz der Länder im Bezug auf die Mordserie begangen wurden. Um diese Inhalte nachvollziehen zu können werden im folgenden Abschnitt die Taten des NSU im Allgemeinen und der Fall in Kassel kurz zusammengefasst.

2.1 Der Nationalsozialistische Untergrund

Der NSU war im Zeitraum von 1998 und 2009 für elf Morde, mehrere Bombenanschläge, und Raubüberfälle deutschlandweit verantwortlich. Bis 2011 konnten die deutschen Behörden keine Täter ermitteln und vermuteten hinter den Morden an fast ausschließlich türkisch-stämmigen Menschen eher keine rechtsextremen Motive. Viel mehr wurden die Taten in den Bereich der organisierten Kriminalität eingeordnet. Als schließlich im November 2011 in Eisenach ein Wohnmobil ausbrannten und die Leichen von Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt zusammen mit einer Ceska Handfeuerwaffe sichergestellt werden, die eindeutig mit den meisten verübten Morden in Verbindung gebracht werden kann, ist die Terrorgruppe enttarnt. Zeitgleich legt Beate Zschäpe, das dritte Mitglied der Gruppierung, in einem Wohnhaus in Jena ein Feuer, um Beweise zu vernichten. Es tauchen außerdem mehrere Bekennergideos auf, welche die vom NSU begangenen Taten zeigen und somit eine eindeutige Verbindung zu den Rechtsterroristen herstellen.

2.1.1 Geschichte

Bereits in den Jahren 1996 bis 1998 tauchen in Jena und Umgebung mehrere auffällige Gegenstände auf, die sich anfangs als Bombenattrappen entpuppen. Später findet man dann mit Hakenkreuzen beschmierte Aktenkoffer auf, die geringe Mengen TNT enthalten. Schließlich stellt die Polizei im Januar 1998 1,5 Kilo TNT bei einer Garagendurchsuchung sicher. An diesem Tag tauchen die drei mutmaßlichen NSU Terroristen Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe unter (vgl. Bundeszentrale für Politische Bildung: 2013).

In den letzten beiden Jahren des alten Jahrtausends verüben Böhnhardt und Mundlos insgesamt drei Raubüberfälle in Chemnitz und erbeuten insgesamt knapp 100 000 DM. In Nürnberg verübt das Trio dann einen ersten Bombenanschlag. Ein in einer Taschenlampe versteckter Sprengsatz wird von einem Mann auf der Toilette einer Nürnberger Bar gefunden. Der Sprengsatz detoniert, nachdem der Mann die Taschenlampe anschalten wollte und verletzt ihn leicht. Tatsächlich kann dieser Anschlag erst nachträglich im Jahre 2013 im Zuge des NSU-Prozesses in München den Terroristen zugeordnet werden (vgl. ebd.).

Anfang der 2000er Jahre beginnt schließlich die Mordserie des NSU. Bis zum September 2002 verüben die Rechtsterroristen Mundlos und Böhnhardt vier Morde in Nürnberg, Hamburg und München. Die Opfer sind stets selbständige Männer türkischer Abstammung die direkt an ihrem Arbeitsplatz durch Schüsse in den Kopf getötet werden. Hinzu kommt ein Bombenanschlag auf einen türkischen Lebensmittelladen in Köln. Einer der beiden Terroristen, genau konnte dies nicht ermittelt werden, gab sich als Kunde aus und platzierte in seinem Einkaufskorb eine Dose mit einem Kilogramm Schwarzpulver, den er schließlich im Laden zurücklies. Etwa einen Monat später wurde die Dose von der Tochter des Ladenbesitzer geöffnet. Bei der Detonation erlitt sie schwere Verbrennungen und zahlreiche Schnittverletzungen. Außerdem verüben Böhnhardt und Mundlos in dieser Zeit zwei weitere Raubüberfälle auf Postfilialen in Chemnitz und Zwickau bei denen sie insgesamt rund 120 000 DM erbeuten (vgl. ebd.).

Zwischen dem vierten Mord in München im August 2001 und dem fünften tödlichen Attentat Anfang 2004 führen beide Terroristen zwei weitere

Raubüberfälle in Zwickau und Chemnitz bei denen sie etwa 50 000 Euro erbeuten können. Ab 2004 folgt dann die nächste sehr aktive Zeit der Terrorgruppe. Beginnend mit dem Mord an einer Aushilfe in einem Döner-Imbiss in Rostock tötet der NSU weitere fünf Menschen. Dabei folgen die Morde in Nürnberg an einem Imbissbetreiber und in München an dem Griechen Theodoros Boulgarides im Abstand von nur sechs Tagen. Beide sterben durch mehrere Schüsse in Kopf- und Halsbereich. Auch die Morde in Dortmund im April 2006 an einem Kioskbetreiber und in Kassel an Halit Yozgat in seinem Internetcafé finden innerhalb von nur drei Tagen statt. Erst jetzt werden von Angehörigen der Opfer deutliche Vermutungen artikuliert, dass es sich um rassistisch motivierte Taten handeln könnte. Die Mordserie endet mit der Tötung der aus Thüringen stammenden Polizistin Michéle Kiesewetter in Heilbronn. Ihr Kollege überlebt den Anschlag schwer verletzt. Beiden Polizeibeamten wurde von hinten in den Kopf geschossen. Zusätzlich zu den Mordanschlägen verüben die Rechtsterroristen insgesamt sechs Raubüberfälle in Chemnitz, Zwickau und Stralsund und erbeuten dabei etwa 360 000 Euro. Auch der schwere Nagelbombenanschlag in der Kölner Keupstraße 2004 mit 22 schwer verletzten Opfern fällt in diesen sehr aktiven Zeitraum der Terrorgruppe. 4 Jahre lang, bis zum September 2011, kommen keine weiteren Taten hinzu. Dann erbeuten Mundlos und Böhnhardt bei dem Banküberfall einer Sparkassenfiliale in Arnstadt 15 000 Euro. Nur knapp zwei Monate später, am vierten November, werden Mundlos und Böhnhardt nach einem weiteren Banküberfall in Eisenach, bei dem sie etwa 72 000 Euro erbeuten, schließlich von der Polizei gestellt. Sie legen in einem angemieteten Wohnmobil einen Brand und erschießen sich anschließend. Beate Zschäpe legt, nachdem sie von den Ereignissen in Eisenach erfahren hat, einen Brand in der gemeinsamen Wohnung des Trios um Beweise zu vernichten (vgl. ebd.). Damit endet letztendlich der insgesamt fast 14 Jahre dauernde, von den Ermittlungsbehörden weitestgehend unentdeckte, Terror der rechtsextremen Untergrundorganisation.

2.1.2 Der Mord an Halit Yozgat in Kassel

Aufgrund des Themas ist der Mord an Halit Yozgat besonders interessant. Die Umstände dieses Falls – auch im Vergleich zu den anderen NSU Taten – sind wegen der Verstrickungen des hessischen Verfassungsschutzes besonders brisant.

Allein die Anwesenheit eines Beamten des Verfassungsschutzes zur Tatzeit am Tatort und die damit einhergehenden Ungereimtheiten werfen besonders viele Fragen auf, die einer detaillierten Aufklärung bedürfen.

Am 9. April 2006 gegen 17 Uhr befindet sich Halit Yozgat hinter dem Tresen seines Internetcafés in der Holländischen Straße in Kassel. Im Café gibt es insgesamt 13 kleine Kabinen mit PC-Arbeitsplätzen oder Telefonen. Neben Halit Yozgat sind sechs Kunden anwesend und mit Telefonieren, Surfen oder Computerspielen beschäftigt. Um kurz vor 17 Uhr betritt der Mörder das kleine Café und feuert auf den hinter seinem Tresen sitzenden Betreiber. Zwei Schüsse treffen Yozgat in den Kopf. Er geht zu Boden und bleibt hinter seinem Tresen liegen. Nur wenig Minuten später kommt der Vater von Halit Yozgat in das Café und findet seinen Sohn hinter dem Tresen liegend vor. Die Täter sind bereits verschwunden (vgl. Aust/Laabs, 2014: 637).

Die Polizei verhörte alle zur Tatzeit im Café anwesenden Personen mit dem Ergebnis, dass keiner von der Tat etwas mitbekommen hatte. Einige Zeugen sagen aus, dass sie ein Geräusch wahrgenommen hätten, dass sie aber nicht beunruhigte. Ein Jugendlicher wies die Beamten darauf hin, dass kurz vor der Tat ein Mann das Café betrat, sich an einen PC setzte und nach sehr kurzer Zeit wieder ging. Trotz Zeugenaufruf meldete sich die Person nicht bei der Polizei und wurde schließlich anhand des Computers den er benutzte ermittelt.

Die Ermittlung führte zu Andreas Temme, einem Mitarbeiter beim hessischen Landesamt für Verfassungsschutz und gleichzeitig V-Mann Führer (vgl. ebd.: 636-640). Bei der Ermittlung gegen Temme wurden zahlreiche belastende Gegenstände gefunden: Mehrere Schusswaffen mit Munition sowie Literatur aus und über das dritte Reich. Trotzdem konnte die Polizei Temme die Tat weder nachweisen, noch mit der Terrorgruppierung in Verbindung bringen. Schließlich wurden die Ermittlungen gegen ihn eingestellt. Im Zuge der Ermittlungen wurden außerdem fragwürdige Telefonate und Treffen zwischen Temme und den Spitzen des hessischen Landesamtes im Zeitraum nach dem Vorfall aufgedeckt. Weiterhin hielt das Amt für Verfassungsschutz Informationen über ihre Quellen zurück, sodass Polizei und Staatsanwaltschaft nicht ausreichend ermitteln konnten. So

drängte sich die Frage nach den Gründen dieser Vorgehensweise auf und inwiefern staatliche Behörden Kenntnis von der terroristischen Vereinigung NSU Kenntnis hatten und durch ihre V-Leute involviert waren (vgl. ebd.: 640-661). Diesem unbeantworteten Fragen führten schließlich zur Einsetzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses und beschäftigen diesen noch heute.

2.3 Medienberichterstattung über die NSU-Mordserie

Natürlich wurde seit dem Beginn der Mordserie, deren Täterschaft erst 2011 mit der Enttarnung des Nationalsozialistischen Untergrundes zugeordnet werden konnte, von der Presse berichtet. Grittmann/Thomas und Virchow untersuchten die Art und Weise der Berichterstattung über die Morde des NSU und kamen zu einem deutlichen Ergebnis. Die Untersuchung ergab, dass sowohl die Berichterstattung sehr einseitig war als auch die Täterschaft in den Bereich der organisierten Kriminalität verschoben wurde (vgl. 2014: 11). „Die Berichterstattung wurde aufgeladen mit den Spekulationen über angebliche ‚Milieus‘ und ‚Parallelwelten‘, in denen die ‚Mauer des Schweigens‘ nicht nur die polizeiliche Arbeit erschwere, sondern auch Ausdruck unzureichender Integration in die Mehrheitsgesellschaft sei“ (ebd.). Eine besondere Zuspitzung dieser Berichterstattung wurde durch die Verwendung des Begriffs „Döner Morde“ erreicht (vgl. ebd.). Grund dafür war die Nähe zu polizeilichen Erkenntnissen bzw. Vermutungen, die dann dazu führten, dass die Wahrnehmung und Gewichtung der Quellen sehr unreflektiert war (vgl. Grittmann/Thomas/Virchow 2014: 10). Weiterhin wurden die polizeilichen Quellen „nicht oder nicht konsequent nachgefragt“ (ebd.).

Die Presse geriet also nach der Aufdeckung des NSU und den daraus folgenden Einordnung der verübten Mordanschläge in die Kritik, was Grittmann/Thomas und Virchow als Anlass diente, eine Studie diesbezüglich durchzuführen.

Eine elementare Schlussfolgerung dieser Untersuchung ist die Aufdeckungen von „Defiziten im Feld des Journalismus“ (ebd.: 11). Es wird bemängelt, dass Ressourcen für eigenständige Recherchen fehlen, eine gewisse Distanz zu der Lebenswelt von Migranten besteht und die Perspektiven von Menschen mit Migrationshintergrund in der Berichterstattung unterrepräsentiert sind (vgl. ebd.). Der über alle Medien hinweg benutzte plakative Begriff „Döner-Morde“ trug

schlussendlich zu einer diskriminierenden Berichterstattung bei. Nach elf Jahren Ermittlungen in falsche Richtungen und die Kriminalisierung der Opfer müssen sich nicht nur die Strafverfolgungsbehörden der Kritik stellen einseitig ermittelt zu haben. Auch die mediale Berichterstattung muss sich mit dem Vorwurf konfrontiert sehen der Ermittlungslogik der zuständigen Behörden blind gefolgt zu sein und damit zur Ausgrenzung und Stigmatisierung der Opfer beigetragen zu haben (vgl. ebd.: 10). Vor diesem Hintergrund und dem daraus resultierenden negativen Eindruck der Pressearbeit rund um die NSU-Morde ist die Analyse der Berichterstattung über den NSU-Untersuchungsausschuss unter qualitativen Gesichtspunkten besonders interessant.

2.4 Antrag der SPD-Fraktion des hessischen Landtags

Gegenstand der Untersuchung in dieser Arbeit ist die Presseberichterstattung über den NSU Untersuchungsausschuss im hessischen Landtag. Grund für die Einsetzung des Ausschusses ist ein Antrag der SPD-Fraktion im Landtag durch den Fraktionsvorsitzenden Schäfer-Gümpel. In diesem Antrag fordert die Fraktion allgemein „umfassend aufzuklären, in welcher Weise die hessischen Gerichte, Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden auf der Landesebene und mit den Bundesbehörden und anderen Länderbehörden in Zusammenhang mit der Aufklärung des Mordes an Halit Yozgat und der NSU-Mordserie zusammengearbeitet haben und welche Fehler bei der Aufklärung der NSU-Morde in Hessen im Rahmen der Ermittlungsarbeit und des Zusammenwirkens der Sicherheitsbehörden begangen wurden“ (Hessischer Landtag 2014a).

Im Antrag werden zwölf Punkte benannt, auf die der Ausschuss besonderen Wert legen soll. Zusammengefasst beinhalten diese Punkte den Wunsch nach Aufklärung inwiefern der Verfassungsschutz in die Geschehnisse involviert war, in welcher Art und Weise rechtsextreme Motive bei der Ermordung von Halit Yozgat geprüft und ausgeschlossen wurden sowie die Rolle des zur Tatzeit im Café des Opfers anwesenden Verfassungsschutzbeamten Temme und anderen Landesbeamten, insbesondere des damaligen Innenministers und heutigen Ministerpräsidenten Volker Bouffier. Abschließend fordert die SPD im Antrag auch die Prüfung, inwiefern die Erkenntnisse des Ausschusses den Umgang mit Opfern extremistischer Gewalt und die Vorgehensweise bei Ermittlungen im

rechtsextremen Spektrum verbessern können. Zusätzlich sollen offensichtliche Missstände bei der interdisziplinären Zusammenarbeit aller staatlichen Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder analysiert und diese in Zukunft durch Verbesserungsvorschläge behoben werden (vgl. ebd.).

Die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen ist in der Verfassung des Landes Hessen eindeutig geregelt. Dort heißt es in Artikel 92: „Der Landtag hat das Recht und auf Antrag von einem Fünftel der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder die Pflicht, Untersuchungsausschüsse einzusetzen. Diese Ausschüsse erheben in öffentlicher Verhandlung die Beweise, die sie oder die Antragsteller für erforderlich erachten. Sie können mit Zweidrittelmehrheit die Öffentlichkeit ausschließen. Die Geschäftsordnung regelt ihr Verfahren und bestimmt die Zahl ihrer Mitglieder“ (**VERFASSUNG HESSEN**). Aufgrund dieser Regelung reichte die Zustimmung aller Mitglieder der SPD-Fraktion aus, denn mit 37 von insgesamt 110 Abgeordneten im Landtag (vgl. Hessischer Landtag 2017) war die minimale Anzahl an benötigten Stimmen deutlich überschritten. Folglich wurde der Antrag der SPD in der 19. Sitzung des Parlamentes als Tagesordnungspunkt 69 aufgerufen. Nach einer Debatte über die Sinnhaftigkeit der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses und Wortbeiträgen jeder Fraktion, wurde über den Antrag abgestimmt (Zustimmung: SPD und Linke, Ablehnung: keine, Enthaltung: Bündnis 90/Grüne, FDP und CDU). Schließlich wurde der Untersuchungsausschuss an diesem 22. Mai 2015 mit Beschluss des Landtages offiziell eingesetzt (vgl. Hessischer Landtag 2014b: 834-842).

3 Theoretische Grundlagen

Bevor die Berichterstattung der drei hessischen Zeitungen über die Einsetzung eines NSU Untersuchungsausschusses im Landesparlament erläutert wird, müssen die darauf basierenden theoretischen Grundlage zur Analysemethode klar erläutert werden. Im weiteren Verlauf dieses Kapitels folgt dann die Theorie zum Untersuchungsgegenstand selbst. Die in Zeitungen verwendeten Darstellungsformen, Nachrichtenwerttheorie und journalistische Gütekriterien.

3.1 Untersuchungsmethode

Die am meisten zu findenden Untersuchungsgegenstände von Inhaltsanalysen sind Textinhalte aus Printmedien (vgl. Früh 2017: 15). Deshalb ist ebendiese die beste Methode zur Untersuchung der Berichterstattung über den NSU-Untersuchungsausschuss.

Die Inhaltsanalyse als Forschungsmethode entstand im 20. Jahrhundert parallel zur Entwicklung der Massenmedien, um die Wirkung moderner Kommunikationsmittel untersuchen zu können (vgl. Alemann 1995: 120). „Inzwischen hat die Inhaltsanalyse ihren festen Platz nicht nur in den Kommunikationswissenschaften, sondern auch in zahlreichen anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen eingenommen“ (ebd.).

Nach Früh besteht der eigentliche Sinn der Inhaltsanalyse darin, Komplexität von Texten zu reduzieren, indem die für ein bestimmtes Forschungsinteresse relevanten Merkmale betrachtet und uninteressante gleichsam ausgeblendet werden. Diese Merkmale werden bei der Inhaltsanalyse als ‚Kategorien‘ bezeichnet. Zwangsläufig gehen durch die Bildung von Kategorien Informationen verloren. Dies wird jedoch bewusst in Kauf genommen, weil größere strukturelle Vergleiche vorgenommen werden können. Bei mehr als zwei Texten ist es kaum möglich, die Gesamtheit des Inhalts zu betrachten, weil es schwer fallen würde, bei einer großen Menge unterschiedlicher Texte Bezüge zueinander herzustellen. Zu diesem Zweck bedarf es einer „informationsreduzierenden Gruppierung“, die es im Anschluss ermöglicht, die entstandene Datenmenge statistisch weiter auszuwerten (vgl. Früh 2015: 44).

Trotzdem gibt es laut Früh bei vielen Inhaltsanalysen einige Defizite hinsichtlich Qualitätsstandards: Bei nur 62% der Inhaltsanalyse werden tatsächlich spezifische Kategorien entwickelt, um dem Forschungsinteresse näher zu kommen (vgl. 2017: 15). Zusätzlich werden bei mehr als der Hälfte der Studien willkürliche Stichproben gewählt, die Ergebnisse jedoch gleichzeitig generalisiert (vgl. ebd.). Diese Fehler sollen bei dieser Arbeit vermieden werden. Deshalb werden die Kategorien auf denen die Inhaltsanalyse schließlich basiert anhand des Forschungsinteresses formuliert und ausführlich erklärt. Da sowohl das zugrunde liegende Thema als auch der Betrachtungszeitraum sehr genau vorgegeben ist können generelle Aussagen über die Berichterstattung über das Thema in eben diesem Zeitraum getroffen werden. Außerdem werden keine Stichproben gezogen, sondern alle im Untersuchungszeitraum veröffentlichten Artikel betrachtet. Damit gehört diese Arbeit nicht zu den von Früh kritisierten Werken sondern folgt den zuvor genannten Qualitätsmerkmalen einer guten Inhaltsanalyse.

3.2 Das Medium Zeitung

Laut dem Bundesverband deutscher Zeitungsverleger (kurz: BDZV) ist Deutschland ein Zeitungsland (BDZV 2015). Laut dem Verband kommen auf 1000 Einwohner über 14 Jahren insgesamt 306 Exemplare verschiedener Wochen-, Tages-, und Sonntagszeitungen (vgl. ebd). Damit beziehen über 85% der über 14-jährigen Deutschen ihre Nachrichten und Informationen regelmäßig aus Zeitungsprodukten (BDZV 2016). Natürlich ist heutzutage das digitale Tagesgeschäft der Zeitungsverlage verantwortlich für Reichweite und Wachstum des Mediums, welches besonders von jüngeren Menschen in Anspruch genommen wird (vgl. ebd). Trotzdem erreichen Tageszeitungen in gedruckter Form eine Leserschaft von rund 59% der deutschsprachigen Bevölkerung über 14 Jahren (vgl. ebd.). Damit ist die Reichweite und Relevanz des Mediums Zeitung deutlich gezeigt. Eine Untersuchung der Berichterstattung innerhalb dieses Mediums ist daher sehr vielversprechend.

Das Thema dieser Arbeit ist, weil Untersuchungsausschüsse parlamentarische Gremien sind, ein politisches. Aus diesem Grund ist die Analyse der Berichterstattung in der Zeitung anderen Massenmedien mit vergleichbar hoher

Reichweite vorzuziehen. Denn Fengler und Vestring bezeichnen die Politikberichterstattung als ‚Herzstück‘ der Tageszeitungen anhand dieser die Qualität des Mediums gemessen wird (vgl. 2009: 93).

3.2.1 Darstellungsformen in Zeitungen

In Zeitungen findet man unterschiedlich aufgebaute Textsorten, die auch von einander abweichenden Informationsgehalt besitzen. Grundsätzlich lassen sich nachrichtliche, unterhaltende und meinungsbildende Formen unterscheiden (vgl. Weischenberg 2001: 49). Journalisten richten sich bei der Auswahl der geeigneten Darstellungsform für ihre Beiträge nach vier zentralen Vorgaben: Medium, Thema, öffentlicher Auftrag und Zielgruppe (vgl. Mast 2004: 260). Außerdem muss es das Ziel sein, den Beitrag in seiner Komplexität so zu reduzieren, dass der Leser gleichzeitig angesprochen wird und den Inhalt verstehen kann (vgl. Burkhardt 2009: 194).

Im Folgenden werden die für diese Arbeit wichtigen Darstellungsformen erläutert und von einander abgegrenzt, damit die Analyse der Berichterstattung über den hessischen NSU-Untersuchungsausschuss gelingen kann. Die dabei möglicherweise in unterschiedlicher Anzahl und Vielfalt verwendeten Textsorten der Redakteure könnten Aufschluss über die Art und Weise der Berichterstattung der drei untersuchten Tageszeitungen geben.

3.2.1.1 Nachricht

Die Nachricht ist die „am häufigsten nachgefragte und angebotene Darstellungsform“ (Burkhardt 2009: 194). Sie dient dazu, dem Leser über Neues zu informieren und muss deshalb sehr zügig veröffentlicht werden, um nicht an Wert zu verlieren (vgl. ebd.). Trotzdem darf dabei die Qualität der Nachricht nicht vernachlässigt werden. Die sogenannten Kriterien der Objektivität - Korrektheit der Fakten, Aufzeigen aller Seiten eines Ereignisses und keine wertenden Elemente – müssen erfüllt sein (vgl. Schwiesau und Ohler 2003: 42). Weiterhin ist der Aufbau der Nachricht essenziell; so gilt grundsätzlich, dass das Wichtigste am Anfang stehen soll und die Informationen zum Ende der Nachricht immer unbedeutender werden (vgl. Burkhardt 2009: 195). Im Praktischen Journalismus ist es für den Autor einer Nachricht eine besondere Herausforderung, alle wichtigen

Fakten in einem ersten Satz (dem sogenannten Leadsatz) unterzubringen (vgl. ebd.). Zusammenfassend zeichnen sich Nachrichten vor allem dadurch aus, dass sie kurz, prägnant und klar im Sprachstil sind (vgl. ebd.). Normalerweise sind diese Nachrichten „nicht länger als 20- bis 30 Druckzeilen“ (Weischenberg 2001: 50).

3.2.1.2 Bericht

„Bei den längeren Varianten der Nachricht beginnt der fließende Übergang zum Bericht. Eine trennscharfe Abgrenzung findet sich in der Medienforschung nicht“ (Burkhardt 2009: 196). Das bedeutet, dass sich beide Darstellungsformen inhaltlich sehr ähneln und sich zunächst nur quantitativ unterscheiden. Außerdem sind die Grundregeln eines Berichts nahezu dieselben wie bei der Nachricht; speziell was die Objektivität der Berichterstattung betrifft (vgl. ebd.). Es werden drei unterschiedliche Arten von Berichten unterschieden: Der Tatsachenbericht, der Handlungsbericht und der Zitatebericht (Mast 2004, 250). Aus dem quantitativen Unterschied von Bericht zu Nachricht ergibt sich nach Wolff zwangsläufig auch ein qualitativer, denn je größer der Umfang eines Textes ist, desto höher sind die Anforderungen an Informationsgehalt, Sprache und Struktur (vgl. 2011: 69). „Es ist eben auch ein qualitativer Unterschied, ob die Leser über 20 oder 200 Zeilen für das Thema interessiert werden müssen“ (ebd.).

3.2.1.3 Kommentar

Nachricht und Bericht sind sachliche Darstellungsformen, die den Leser objektiv über Geschehnisse informieren sollen. Weiterhin gibt es auch Textformen, die es Redakteuren ermöglichen, eine subjektive Meinung einfließen zu lassen. Nach Nowag und Schalkowski gehört es presserechtlich auch zu den Aufgaben einer Zeitung, an der gesellschaftlichen Meinungsbildung teilzuhaben (vgl. 1998: 44). Weiterhin stellen Nowag und Schalkowski klar, dass der Inhalt eines Kommentars trotz der „erwünschten Parteilichkeit“ auf Tatsachen beruhen oder mindestens eine sinnvoll argumentierte, reflektierte Meinung des Autors wiedergeben soll (vgl. ebd.: 52). Die Abgrenzung eines Kommentars von anderen, gewollt objektiven, Darstellungsformen in einer Zeitung ist elementar, da er wie bereits erläutert stark subjektiv geprägt sein kann. Aus diesem Grund „verwenden Publikationen in der Regel eine eigene Typographie für ihn [den Kommentar]: je nach Medium eine

größere, kursive oder gleich eine ganz andere Schrift. Der Platz des Kommentars im Blatt ist in den meisten Fällen nicht variabel. Der Kommentar nimmt sowohl inhaltlich als auch formal eine Sonderstellung ein“ (Nowag und Schalkowski 1998: 15).

3.1.1.4 Leitartikel

Eine besondere Form des Kommentars stellt der sogenannte Leitartikel dar. Trotz der engen Verwandtschaft zum klassischen Kommentar ist der Leitartikel deutlich länger. Im Artikel nimmt der Autor Stellung zu aktuellen gesellschaftlich diskutierten Themen und beeinflussen den Öffentlichen Diskurs (vgl. Mast 2004: 305). Außerdem wird der Leitartikel als „journalistisches Flaggschiff“ bezeichnet und von den besten Autoren der jeweiligen Zeitung verfasst (vgl. ebd.). Anhand des Leitartikels lässt sich schließlich die Ausrichtung einer Zeitung erkennen. Die Veröffentlichung eines Leitartikels über ein bestimmtes Thema bedeutet also, dass die publizierende Zeitung diesem besondere Aufmerksamkeit widmet und sich an der öffentlichen Diskussion über ihre renommiertesten Journalisten beteiligen möchte.

3.1.1.5 Interview

Wichtig bei der Analyse eines Interviews ist die Tatsache, dass nach Haller Interviews keine eins zu eins gedruckten Abschriften des durchgeführten Interviews sind (vgl. 2001: 62). Vielmehr handelt es sich um Inhaltstreue Kürzungen, denn „die Lesbarkeit und Prägnanz des Textes sind bedeutender als die Worttreue, solange der Inhalt nicht verfremdet wird“ (ebd.). Zusätzlich dazu bietet die Veröffentlichung eines Interviews in einer Zeitung dem Journalisten eine größere Freiheit. Anders als in einer Live-Situation hat dieser nämlich die Möglichkeit, das Interview nachträglich zu komponieren und für den Leser verständlicher zu machen (ebd.: 332).

3.1.1.6 Sonderform: Die Überschrift

In der Literatur wird klar definiert, dass eine Überschrift über dem Text steht und die Hauptaussage des Inhalts wiedergibt (vgl. Wolff 2011: 260). Trotzdem gibt es, schaut man sich nur eine Handvoll Tageszeitungen im Zeitschriftenhandel an, feststellbare Unterschiede. Besonders nach markanten Ereignissen, welche für die

meisten Medien genug Nachrichtenwert besitzen, um auf der Titelseite platziert zu werden, verwenden nicht alle Zeitungen die gleiche und manchmal sogar völlig unterschiedliche Überschriften (vgl. ebd.). Diese Auffälligkeit ist damit zu erklären, „dass es sich oft mit der Überschrift entscheidet, ob ein Artikel gelesen wird oder nicht, und dass bis zu einem gewissen Grad sogar der Verkauf einer Zeitung oder Zeitschrift von den Überschriften auf der Titelseite abhängt“ (ebd.). Weiterhin ist die Überschrift in der Lage, je nach Darstellungsform Aufmerksamkeit zu generieren und den Artikel interessanter, lesenswerter sowie insgesamt attraktiver zu machen (vgl. ebd.). „Mal verkauft die Überschrift ihren Artikel sachlich und auskunftsfreudig, mal verkauft sie ihn ironisch und mit Rätseln, mal kommentierend, immer ihrer Darstellungsform entsprechend“ (ebd.: 261). In Überschriften steckt folglich großes Potenzial, dass es Wert ist, untersucht zu werden. Speziell vor dem Hintergrund, dass in der Vergangenheit, wenn über die nun dem NSU zuzurechnende Mordserie berichtet wurde, oft plakative, unsachliche Überschriften verwendet wurden und die Medien dafür massiv in der Kritik standen.¹

3.3 Journalistischer Ethos

In Deutschland ist in Artikel 5 des Grundgesetzes die Pressefreiheit geregelt. Trotzdem bedeutet dies nicht, dass „Journalisten alles schreiben und Zeitungen alles drucken dürfen“ (Löwisch 2012: 59). Der deutsche Presserat führt einen Kodex mit 16 Punkten auf, dem sich alle Journalistinnen und Journalisten verpflichtet fühlen sollen (vgl. Presserat o.D.). Zu diesen Punkten gehören unter anderem Regelungen zur „Wahrhaftigkeit und Achtung der Menschenwürde“, „Sorgfalt“, „Persönlichkeitsrechte“ und „Diskriminierung“, um nur die für das zugrunde liegende Thema wichtigsten Punkte zu nennen (ebd.).

Journalistinnen und Journalisten sind sich also dessen bewusst, dass sie eine gewisse Verantwortung für die eigene Recherche und ihre Veröffentlichungen tragen. Dies ist natürlich sowohl im Interesse der persönlichen Glaubwürdigkeit des Autors oder der Autorin als auch der Redaktion welcher er oder sie eventuell angehört (vgl. Weischenberg 2001, 251). Aus der Aufstellung dieses Kodex‘ folgt, dass die Qualität journalistischer Arbeit messbar gemacht werden kann. Für diese

1 Siehe Kapitel 2.3 auf Seite 6 dieser Arbeit

Messung schlägt Weischenberg folgende Kriterien vor: Korrektheit, Vielfalt der Informationen, Relevanz, Aktualität, Verständlichkeit, Transparenz und Unabhängigkeit (vgl. 2001: 251-252). Erfüllt eine journalistische Arbeit möglichst viele dieser Kriterien, so ist das Produkt folglich als qualitativ hochwertig einzuordnen.

3.4 Nachrichtenwert

Es ist unmöglich alle Geschehnisse eines Tages zu erfassen und darüber einen Artikel in einer Zeitung zu veröffentlichen. Journalisten „müssen aus den Ereignissen, von denen sie erfahren, die auswählen, über die berichtet werden soll oder über die sie berichten wollen“ (Kreutzträger 2009: 129). Man geht davon aus, dass die Produktion von Nachrichten einem Bestimmen Muster folgt, welches sich nach dem sogenannten ‚Nachrichtenwert‘ von Begebenheiten richtet (vgl. Weischenberg 2001: 23). „Dabei kann z.B. das unterstellte Publikums-Interesse eine zentrale Bedeutung haben (ebd.)“. Folglich bilden Medien nicht eins zu eins die Realität ab sondern erzeugen eine Art „Medienrealität“ (vgl. ebd.).

Die Entscheidung, ob es ein Ereignis würdig ist publiziert zu werden, hängt von ihrem Nachrichtenwert ab. Dieser Wert „beruht auf der Summe und/oder jeweiligen Ausprägung der Nachrichtenfaktoren (vgl. Weischenberg 2001: 26). Diese Merkmale sind:

- Ungewöhnlichkeit
- Bezug zu bereits eingeführten Themen
- Entfernung zwischen Ereignisort und Verbreitungsgebiet des Mediums
- Relevanz
- Eindeutigkeit
- Faktizität
- Einfachheit
- Konsequenzen
- Beteiligung bekannter Personen.

Je mehr dieser Merkmale auf ein Ereignis zutreffen, um so wahrscheinlicher wird es, dass darüber berichtet wird (vgl. Kreutzträger 2009: 131). Trotzdem zeigt die

Realität auch, dass die Merkmale durchaus unterschiedliches Gewicht haben. Nachrichten über bekannte Personen sind oft von großem nachrichtlichen Wert und werden folglich veröffentlicht, obwohl möglicherweise die restlichen Merkmale nicht erfüllt sind. Weiterhin entscheiden auch die Verantwortlichen Redakteure, Herausgeber und Verleger, über welche Themen wie intensiv berichtet wird (vgl. ebd.: 134).

3.5 Verständlichkeit

Zeitungen verfehlen ihren Auftrag die Bevölkerung zu informieren, wenn die enthaltenen Artikel unverständlich sind. Zu diesem Zweck haben Sprachwissenschaftler sowie Journalistinnen und Journalisten Regeln formuliert, auf die zurückgegriffen werden kann, um Presstexte für alle Leserinnen und Leser verständlicher zu machen (vgl. Weischenberg 2001: 161).

Verständlichkeit hängt direkt mit dem Satzbau und der Wortwahl zusammen. Die Verständlichkeitsforschung fand heraus, dass zu lange, komplizierte Sätze unverständlich sind. Für Nachrichten, deren Aufgabe es ist zu informieren, wird folglich empfohlen, dass die darin geschriebenen Sätze nicht länger als 15 Wörter sein sollen. Weiterhin sollte pro Satz über nur ein Thema berichtet werden. Außerdem sollten sie nicht verschachtelt sein und syntaktisch korrekt an jeder Stelle des Satzes nach wenigen Wörtern beendet werden können (vgl. ebd.: 165). Grammatikalisch sollten Sätze in Zeitungstexten grundsätzlich im Aktiv stehen und sehr einfach konstruiert sein. Konjunktionen sind wenn möglich zu vermeiden (vgl. ebd.). Ferner enthält eine sachliche Nachricht weder Übertreibungen noch Ausschweifungen. Auch Phrasen und Metaphern sollten nach Möglichkeit nicht enthalten sein (vgl. ebd.).

Weiterführend gibt es allgemeine Sprachregelungen, die von den Zeitungsredaktionen respektiert werden. Speziell bei Abkürzungen wird von Journalistinnen und Journalisten verlangt, dass sofern eine solche Abkürzung verwendet wird, die vermutlich nicht von allen Leserinnen und Lesern verstanden wird, diese erklärt werden muss. In der Regel genügt es, diese auszuschreiben. Zusammenfassend folgen die meisten dieser Sprachregelungen der deutschen Rechtschreibregelung (vgl. ebd.: 173).

4 Voraussetzungen der Inhaltsanalyse

4.1 Auswahl der untersuchten Tageszeitungen

In dieser wissenschaftlichen Hausarbeit wird die Presseberichterstattung über die Einsetzung eines NSU Untersuchungsausschusses im hessischen Landtag empirisch untersucht. Dabei liegt der Fokus auf dem klassischen Medium Tageszeitung. Datengrundlage sind Publikationen aus zwei überregionalen, in Hessen ansässigen, Tageszeitungen; Die Frankfurter Allgemeine Zeitung und die Frankfurter Rundschau. Beide Zeitungen gehören nach Fengler und Vestring „zu den einflussreichsten Medien im Bereich der Politikberichterstattung“ (ebd. 2009: 94). Außerdem werden sie „in besonderem Masse von Entscheidungsträgern genutzt und verfügen [...] über besonders hohe Auflagen“ (ebd.). Weiterhin lassen sich die redaktionellen Linien beider Zeitungen recht eindeutig politisch einordnen (ebd.: 95). Schmitt-Beck zeigt in einem eindeutigen Schaubild, basierend auf Forschungsergebnissen zu Printmedien und TV-Sendern, die politische Tendenz der Redaktionen auf (vgl. 2000: 241f.). Dort ist eindeutig abzulesen, dass die FR politisch eher linksliberal eingestellt ist und die F.A.Z. dagegen konservative Positionen vertritt. Damit haben beide Zeitungen unterschiedliche politische Profile, was deren Auswahl für die Untersuchung zusätzlich rechtfertigt, weil verschiedene Tendenzen der Berichterstattung erwartbar sind.

Zusätzlich zu F.A.Z. und FR wird die Berichterstattung einer regionalen Tageszeitung, der Hessisch Niedersächsischen Allgemeinen (kurz: HNA) in die Untersuchung einbezogen. Zwar ist die HNA bezüglich Einflussreichtum nicht vergleichbar mit den beiden anderen betrachteten Zeitungen. Trotzdem ist die Berichterstattung dieser Zeitung bezüglich des Untersuchungsausschuss für diese Arbeit relevant, denn mit dem Mord an Halit Yozgat am 6. April 2006 in Kassel fand schließlich ein Attentat des Nationalsozialistischen Untergrundes im Verbreitungsgebiet der HNA statt.

4.1.1 Frankfurter Allgemeine Zeitung

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung gehört mit einer Auflagenstärke von über 368.000 Exemplaren zu den zehn am meisten verkauften überregionalen Zeitungen Deutschlands (vgl. Burkhardt 2009: 53). Die Redaktion, mit Standorten in Frankfurt und Berlin, wird von über 300 Redakteurinnen und Redakteuren gebildet (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung 2017: 1). Nach eigenen Angaben bildet die F.A.Z. mit circa 90 In- und Auslandskorrespondenten eines der größten Korrespondentennetze weltweit (ebd.). Zusätzlich gibt der Verlag sonntags die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, kurz F.A.S., heraus. Mit einer Auflage von mehr als 325.000 Exemplaren rangiert diese knapp hinter der Allgemeinen Zeitung auf Platz zehn der auflagenstärksten Zeitungen in Deutschland (vgl. Burkhardt 2009: 53).

In den vergangenen Jahren, zuletzt 2016, konnte die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung außerdem insgesamt sechsmal den Preis ‚International Newspaper of the Year‘ gewinnen, welcher von der Organisation *newsawards* vergeben wird (vgl. Newsawards 2017: 17). Dies unterstreicht die Seriosität und Qualität der Berichterstattung des Zeitungsverlags. Laut aktuellen Zahlen der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V., erreichten die F.A.Z. und die F.A.S. zusammen eine Auflage von knapp 553 000 Exemplaren im zweiten Quartal 2017 (vgl. IVW 2017a).

4.1.2 Frankfurter Rundschau

Wie die F.A.Z. hat die Frankfurter Rundschau (kurz: FR) ihren Sitz in Frankfurt. Leider musste die Zeitung ende des Jahres 2012 einen Insolvenzantrag stellen (vgl. Handelsblatt 2012) und die aktuelle Auflagenstärke wird nicht mehr gesondert ausgewiesen (vgl. IVW e.V. 2017b). Stattdessen sind die Statistiken der FR seit 2013 Teil der sogenannten ‚RheinMainMedia‘ Gruppe, bestehend aus verschiedenen Zeitungen aus dem Ballungsraum Rhein Main (vgl. IVW e.V. 2017c). Laut IVW e.v. lag die Auflage der gesamten Gruppe bei 210 000 Exemplaren für das zweite Quartal 2017 (ebd.). Die Redaktion der Zeitung ist seit der Insolvenz außerdem deutlich geschrumpft. Lediglich 17 Redakteure sind für den überregionalen Teil der Zeitung zuständig (Spiegel Online 2013). Damit rangiert die FR bezüglich Auflage und Stärke der Redaktion deutlich hinter der

Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Dennoch ist die FR als zu untersuchendes Medium relevant, weil die Zeitung trotz des Insolvenzverfahrens und dem Verkauf an den Verlag der F.A.Z. ihr linksliberales Profil beibehalten konnte (epd medien 2013: 1).

4.1.3 Hessisch Niedersächsische Allgemeine

Von den ausgewählten Tageszeitungen ist die Hessisch Niedersächsische Allgemeine (kurz: HNA) die einzige Lokalzeitung. Das Verbreitungsgebiet ist Nordhessen und Südniedersachsen. Die Zeitung hat ihren Hauptsitz in Kassel und Geschäftsstellen in Melsungen, Baunatal und Uslar (vgl. HNA Regiowiki 2014). Laut IVW umfasst die aktuelle Auflage der Tageszeitung inklusive aller regionaler Ausgaben 195 076 Exemplare im dritten Quartal 2017 (vgl. IVW e.V. 2017d).

Im Jahr 1959 schlossen sich zunächst die Hessische Allgemeine und die Kasseler Zeitung zur „Hessischen Allgemeinen“ zusammen. Diese bildete zum Zeitpunkt nach eigenen Angaben die zweitgrößte hessische Zeitung nach der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Im Laufe der Jahre wurde diese neu fusionierte Zeitung auch zunehmend von Bürgern aus Niedersachsen täglich gelesen. Diese Tatsache war der ausschlaggebende Grund im Januar 1974 die Umbenennung in Hessisch Niedersächsische Allgemeine vorzunehmen. Die Zeitung wollte fortan offiziell in der Öffentlichkeit als Zeitung sowohl für Niedersachsen als auch Hessen gesehen werden (vgl. HNA Regiowiki 2014). Die Zeitung steht außerdem nach eigenen Angaben für ein überparteiliches, unabhängiges und sozial fortschrittliches Profil (vgl. ebd.).

4.2 Untersuchungszeitraum und Datengrundlage

Der vorgegebene Zeitraum der Untersuchung erstreckt sich vom April 2014 bis einschließlich Dezember 2015. In diesen Zeitraum fällt die Berichterstattung um die Debatte zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses aufgrund des dringlichen Antrags der SPD Fraktion im hessischen Landtag. Zusätzlich dazu tagte der Ausschuss im Kalenderjahr 2015 17 Mal öffentlich und vernahm eine Vielzahl an Zeugen. Eine Stichprobe der drei zu untersuchenden Zeitungen am Folgetag der Sitzungstermine ergab, dass alle über den Ausschuss berichteten. Somit ist zu erwarten, dass ausreichend viel Untersuchungsmaterial zur Verfügung

steht, um die Berichterstattung der unterschiedlichen Zeitungen vergleichen zu können.

Die Beschaffung des Datenmaterials war sowohl für die F.A.Z. als auch für die FR über das Netzwerk der Universität Gießen möglich. Beide Zeitungen stellen einzelne Artikel digital zum Herunterladen in einem eigenen Online Archiv zur Verfügung. Die HNA hingegen stellt kein frei zugängliches Online Archiv zur Verfügung. Auch in der Bibliothek der Universität Kassel werden nur Exemplare der letzten drei Monate zur Einsicht aufbewahrt. Da der Untersuchungszeitraum knapp zwei Jahre zurück liegt, war auch dies keine Option zur Datenbeschaffung. Glücklicherweise verfügt die HNA im eigenen Archiv am Standort Kassel über mehrere PC-Arbeitsplätze, die es Besuchern erlaubt, das Archiv zu durchsuchen und einzelne digitalisierte Zeitungsseiten abzuspeichern. Die Vereinbarung eines Termins mit der zuständigen Archivarin war problemlos möglich. So konnten alle für die Untersuchung relevanten Zeitungsartikel vor Ort recherchiert und auf einem Speichermedium gesichert werden. Eine permanente Anwesenheit während der Analyse im Archiv war also nicht notwendig.

Zur Recherche wurde in jedem digitalen Archiv die Suchbegriffe „NSU“ und „Untersuchungsausschuss“ verwendet. Alle Suchergebnisse wurden kurz überflogen, um falsche Treffer, die nicht den hessischen Ausschuss über den Nationalsozialistischen Untergrund betrafen, direkt auszuschließen. So kamen für den untersuchten Zeitraum insgesamt 184 Artikel zusammen, die als Datengrundlage für die Untersuchung dienen.

4.3 Forschungsfragen

- Gibt es Unterschiede in der Häufigkeit der Berichterstattung der Zeitungen F.A.Z., FR und HNA?
- Ist die Berichterstattung sehr sachlich oder sind Tendenzen feststellbar?
- Wird sprachlich verständlich und mit genug Hintergrundinformationen berichtet, sodass möglichst viele Leserinnen und Leser der Berichterstattung folgen können?